



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 14.10.2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 16 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Mitglieder:

Stadträtin Magdalena Bopp

Stadtrat Alfred Braig

Stadtrat Dr. Rudolf Brüggemann

befangen TOP 5

Stadträtin Flavia Gutermann

Stadtrat Hubert Hagel

Stadträtin Waltraud Jeggle

Stadtrat Werner-Lutz Keil

Stadträtin Gabriele Kübler

Stadtrat Dr. Paul Lahode

Stadträtin Isolde Lauber

Stadträtin Waltraud Riek

Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner

Stadträtin Silvia Sonntag

Stadtrat Josef Weber

Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

Stellvertreter/in:

Stadtrat Hans Beck

Protokollführer:

Sandra Keller

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation,  
Bürgerengagement

Ortsvorsteher Ringschnait Walter Boscher

Joachim Falk, EB Stadtentwässerung

Stephan Fehrenbach, Stadtplanungsamt

Brenda Galvan-Lopez, Stadtplanungsamt

Anna Kleine-Beek, Ordnungsamt

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 14.10.2021

Siegfried Kopf-Jasinski, Hochbau- und Gebäude-  
management

Ulrich Maucher, Stadtplanungsamt

Arne Spranz, Stadtplanungsamt

Ortsvorsteher Mettenberg Alexander Wachter

Gäste:

Iris Ege, Energieagentur Biberach

entschuldigt:

Mitglieder:

Stadtrat Friedrich Kolesch

### **Tagesordnung**

| <b>TOP-Nr.</b> | <b>TOP</b>  | <b>Drucksache Nr.</b> |
|----------------|---|-----------------------|
| 1.             | "Platz für alle" - öffentlicher Diskurs zur Nutzung und Gestaltung von Plätzen und Gassen in der Altstadt Biberach; Anträge der SPD-Fraktion vom 06.05.2019 und der FDP-Fraktion vom 13.09.2019 | 2021/055              |
| 2.             | Starkregenuntersuchung im Ortsteil Ringschnait  | 2021/165              |
| 3.             | Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Krautgärten II" (Ringschnait)<br>- Abwägung und Billigungsbeschluss   | 2021/206              |
| 4.             | European Energy Award - Leitbild und energiepolitisches Arbeitsprogramm   | 2021/205              |
| 5.             | Elektromobilitätskonzept Stadt Biberach   | 2021/207              |
| 6.             | Neubebauung Areal Mondstraße 17 / Bismarckring 9<br>- Beratung durch den Gestaltungsbeirat  | 2021/204              |
| 7.             | Bekanntgaben und Verschiedenes  |                       |
| 7.1.           | Bekanntgabe - Friedhofsweiher wird abgefischt und ausgewintert  |                       |
| 7.2.           | Verschiedenes – Ochsenhauser Hof  |                       |
| 7.3.           | Verschiedenes – Biberkeller   |                       |
| 7.4.           | Verschiedenes – Öffnung neuer Wertstoffhof  |                       |

Die Mitglieder wurden am 05.10.2021 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter [www.ris-biberach.de](http://www.ris-biberach.de) ab 05.10.2021 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1. "Platz für alle" - öffentlicher Diskurs zur Nutzung und Gestaltung von Plätzen und Gassen in der Altstadt Biberach; Anträge der SPD-Fraktion vom 06.05.2019 und der FDP-Fraktion vom 13.09.2019 2021/055**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/055 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann berichtet über das Vorhaben „Platz für alle“. Bei der Diskussion geht es darum, wie grundsätzlich mit den unterschiedlichen Nutzungen des öffentlichen Raumes umzugehen sein wird. Die Zeitachse hat sich aufgrund der Vertagung im April 2021 verschoben. Die Beteiligung werde daher im Frühjahr 2022 erfolgen. Er empfiehlt die Anträge der Fraktionen erst danach final zu beschließen.

BM Kuhlmann erklärt den der Vorlage beigefügten Lageplan. Er hebt die Arbeit der Studierenden der Hochschule Biberach hervor und hofft, dass das Gremium den digitalen Link ausführlich genutzt habe. Es gehe bei dem Projekt darum die unterschiedlichen Konflikte der verschiedenen Nutzungen zu erfassen. Der Prozess werde von der Stadt vorbereitet und im Mai/April 2022 soll an einem Wochenmarkttag an Thementischen mit den Bürgern diskutiert werden. Parallel wird eine Online-Beteiligung angeboten. Des Weiteren solle eine direkte Umfrage am Marktplatz erfolgen, beispielsweise mit der Frage, welche Bedeutung die Parkplätze für den einen oder anderen Bürger an dieser Stelle haben. Im Juni 2022 soll die Schlussdebatte geführt werden. Gegebenenfalls könnte der Status quo das zufriedenstellende Ergebnis sein. Die Verwaltung stehe dem Thema sehr offen gegenüber. BM Kuhlmann betont, wie attraktiv die Innenstadt von Biberach sei. Dies heißt gleichwohl nicht, dass sie nicht noch besser werden könne.

Stadträtin Kübler hält zunächst fest, dass heute nicht inhaltlich diskutiert werde, ob oder wie die öffentlichen Freiräume gestaltet werden. Es gehe nur um den Anstoß einer breit angelegten öffentlichen Diskussion. Ihre Fraktion habe sich ein Projekt dieser Art schon lange gewünscht. Es sollen natürlich viele Menschen erreicht werden, weshalb die Zeitschiene im Juni 2022 von ihr als sehr gut angesehen werde. Sie stimmt daher der Vorlage sehr gerne zu. Für die finale Schlussdebatte wünscht sie sich eine Klausurtagung. Sie stimmt auch dem Beschlussantrag Ziffer 2) zu.

Stadtrat Braig erklärt, dass seine Fraktion gänzlich anderer Meinung sei. Das Projekt solle pandemiebedingt verschoben werden. Überdies seien in die Vorlage keine Grundlagen eingearbeitet worden. Der Antrag der FDP-Fraktion sei bereits gestellt. Die Umfragewerte müssen aktualisiert werden.

Stadtrat Hagel befürwortet die Vorlage und stimmt zu. Er wünscht sich die Aufbereitung der Zielkonflikte. Es können nicht alle, alle Plätze beanspruchen. Dies gelte es möglichst in Kompromissen zusammenzuführen. Er stimmt Stadträtin Kübler zu, dies in einer professionell geleiteten Klausurtagung zu besprechen. Er möchte die Verwaltung darauf hinweisen, dass auf Seite 4 der Vorlage auch die auswärtigen Nutzer und Kunden der Innenstadt nicht vernachlässigt werden sollen. Biberach sei schließlich eine stark frequentierte Einkaufsstadt. Des Weiteren müssen die Einflussfaktoren der Pandemie und der kommenden Baustellen berücksichtigt werden. Die gewonnenen Daten stimmen mit der Realität nicht überein. Wenn Wielandstraße und Consulengasse geschlossen seien, lägen andere Ergebnisse vor. Er freue sich auf den Prozess, dem ausreichend Zeit eingeräumt werden müsse. Nicht zustimmen kann er dem Satz in der Vorlage, dass es in der Innenstadt eine lange schwelende Krise gebe. Es gibt sicherlich einzelne Krisenfälle, die allerdings

keinesfalls lange schwelend seien. Von diesem Satz in der Vorlage möchte er sich ausdrücklich distanzieren.

Stadträtin Sonntag freut sich, dass sie der Vorlage zustimmen kann. Die Rückkehr zur sog. Normalität wird es ihrer Meinung nach nicht geben. Es ist ein Veränderungsprozess in Gange, weshalb sie es begrüßt, wenn das Projekt in die Wege geleitet werde. Wichtig sei, dass die Stadt so gestaltet werde, dass die Menschen gerne dort verweilen möchten. Ob Nutzungszuweisungen noch zeitgemäß sind in Hintergrund von „shared-spaces“ sei fraglich. Eine Chancengleichheit werde es nicht geben, da die Dominanz des Autos seit mehr als 100 Jahren zu stark sei.

Stadträtin Bopp sieht die öffentliche Diskussion nicht für angebracht. Die Corona-Pandemie sei noch nicht vorbei. Es gebe bereits ausreichend Beispiele in der Innenstadt, wie den Alten Postplatz, Schadenhof, Ochsenhauser Hof die entweder bereits umgestaltet worden seien oder schon beschlossen sind. Weitere Freiräume werden ihrer Meinung nach nicht benötigt. Dem autofreien westlichen Marktplatz stehe sie sehr kritisch gegenüber, da ihrerseits alle Verkehrsmittel erhalten werden müssen. Die Erreichbarkeit der Innenstadt müsse gesichert bleiben. Aus diesen Gründen stimmt sie der Vorlage nicht zu.

BM Kuhlmann betont, dass beabsichtigt ist, eine breit angelegte Diskussion mit der Öffentlichkeit zu führen. Er möchte gerne in den Austausch mit den Biberacher Bürgern treten und über dieses Thema sprechen. Es soll nicht über einzelne Maßnahmen gesprochen werden. Die Corona-Pandemie spielt hierbei keine Rolle, da es um ein grundsätzliches Thema gehe. Entweder bleibt es bei dem Konzept, das es aktuell bereits gibt oder es wird etwas Neues entstehen. Eine Klausurtagung könne gerne organisiert werden.

Stadtrat Dr. Weigele wendet ein, dass sämtliche Beteiligte an den runden Tisch gebeten werden müssen. Die Verwaltung zeichne das Bild, dass die Innenstadt Eigentum aller Bürger sei. Dies treffe selbstverständlich nicht zu. Die Innenstadt hat Hunderte von Investoren. Dabei handelt es sich um die tatsächlichen Eigentümer, die allesamt sehr viel Geld investiert haben. Er fordert die Verwaltung auf, insbesondere die Eigentümer von Handel- und Gewerbe zu befragen. Die imposante Innenstadt sei doch das Ergebnis der bestehenden Handels- und Gewerbebetriebe. Diese Eigentümer haben einen gewichtigen Anteil, der zwingend berücksichtigt werden müsse.

BM Kuhlmann erkennt, dass sowohl Stadtrat Dr. Weigele als auch er als Vertreter der Verwaltung ein übereinstimmendes Ziel verfolgen. Dies sei eine attraktive Innenstadt. Die Thematik die Stadtrat Dr. Weigele angesprochen habe, stehe in der Vorlage. Es solle u.a. die Werbegemeinschaft befragt werden. Des Weiteren handelt es sich um keine abschließende Aufzählung. Es gibt gegebenenfalls noch weitere Beteiligte, die nicht benannt worden sind. Dies gilt es zu eruieren. Er gibt zu bedenken, dass 8,2 Hektar öffentliche Fläche nicht gerade wenig sei, weshalb seiner Meinung nach die Bürger der Stadt ein starkes Wort haben.

BM Kuhlmann ruft zur Entscheidung auf.

**Nach eingehender Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat mehrheitlich (12 JA-Stimmen/4 Nein-Stimmen) entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine öffentliche Diskussion entsprechend dem unter Ziffer 5 vorgeschlagenen Weg vorzubereiten und durchzuführen.**

- 2. Über die Anträge der SPD-Fraktion vom 06.05.2019 und der FDP-Fraktion vom 13.09.2019 wird im Rahmen der Schlussdebatte zu diesem Thema im Herbst 2021 entschieden.**

**TOP 2. Starkregenuntersuchung im Ortsteil Ringschnait**

**2021/165**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2021/165 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Falk stellt dem Gremium die Untersuchung zum Thema Starkregenmanagement in Ringschnait des Ingenieurbüros Rapp + Schmid Infrastrukturplanung GmbH (RSI) anhand von Präsentationsunterlagen vor.

BM Kuhlmann bekräftigt, dass das Thema Starkregenmanagement eine Schlüsselfunktion, auch im Hinblick auf Fördermaßnahmen übernehmen werde.

**Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage einstimmig zur Kenntnis.**

**TOP 3.      Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Krautgärten II"      2021/206**  
**(Ringschnait)**  
**- Abwägung und Billigungsbeschluss**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/206 zur Vorberatung vor.

Frau Galván López erläutert die vorgenommenen Änderungen des Bebauungsplans „Krautgärten II“. Diese sind, das Bestehenbleiben des Feldweges im Osten des Plangebietes, die Realisierung der Erschließung im Ringsystem mit der Folge, dass ein Bauplatz für ein weiteres Kettenhaus realisiert werden konnte.

Für Stadträtin Kübler sei zunächst die Auffassung des Ortschaftsrates wichtig. Es wäre sinnvoll, wenn zunächst OV Boscher das Wort erhalten würde.

OV Boscher freut sich über die Realisierung des Baugebiets. Der Ortschaftsrat hat einstimmig zugestimmt. Allerdings seien im Ortschaftsrat auch kritische Punkte vorgetragen worden. Beispielsweise sei nicht nachvollziehbar, weshalb Wärmepumpen ins Hauptgebäude zu integrieren sind. Auch die kommende gesetzliche Verpflichtung zur Realisierung von Photovoltaikanlagen werde im Zusammenhang mit der Verpflichtung zur Laubbaumbepflanzung kritisch gesehen. Die Bäume sollten eine bestimmte Höhe nicht überschreiten, da andernfalls die Wirtschaftlichkeit der Photovoltaikanlage eingeschränkt werden könnte. Die vorgesehenen 17 öffentlichen Stellplätze werden als nicht ausreichend angesehen, insbesondere im Winter, wenn der Schnee am Straßenrand lagere.

Stadträtin Kübler ist verwundert über die Stellungnahme des Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz und des Landwirtschaftsamtes, sowie über die Antwort der Verwaltung. Fraglich sei, ob sich die Stadt mit den getroffenen Aussagen auf der rechtssicheren Seite befinde. Die Anregung der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Starkregenereignisse zeige nur die Ängste der Bewohner auf. Sie hofft, dass das Retentionsbecken ausreichend dimensioniert sein wird. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadträtin Romer-Aschenbrenner freut sich, dass die Rahmenplanvariante 1 umgesetzt worden sei und begrüßt die getroffenen Änderungen. Bedenken habe sie lediglich, dass die Nutzungsmöglichkeiten des 2ten Obergeschosses von der Traufhöhe abhängig seien und diese bislang noch nicht festgelegt worden sei. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Für Stadtrat Weber ist maßgebend, dass der Ortschaftsrat zugestimmt habe. Er freut sich insbesondere über die Festsetzung 1.14, dass zukünftig keine Steinwüsten mehr entstehen dürfen. Er stimmt der Vorlage zu.

Stadträtin Bopp stimmt der Vorlage zu.

BM Kuhlmann greift die Frage zu den Lärm- und Geruchsemissionen auf. Im Zuge des Raumordnungsverfahrens zur B312-Verlegung sei vom Landkreis ein Lärmgutachten zur B312 erstellt worden. Nach diesem Gutachten werden im Plangebiet die Schwellenwerte nicht erreicht, weshalb keine weitere gutachterliche Untersuchung notwendig sei. Daher sei auch die getroffene Abwägung rechtssicher. Bezüglich der Geruchsemissionen liegen bereits Werte an der näher

gelegenen Reinstetter Straße vor, aus denen die Unbedenklichkeit entnommen werden konnte. In Neubaugebieten besteht zudem die Chance eine Schutzfunktion für die bestehenden Baugebiete zu schaffen. Normalerweise sei ein Retentionsbecken auf HQ 30 ausgelegt, im Plangebiet jedoch auf HQ 100.

Stadtrat Beck stört die strikte Festlegung auf heimische Laubgehölze. Im Winter seien Nadelgehölze sehr wichtig, insbesondere für die Amseln. Er fragt sich, ob die strikte Festlegung sein müsse.

BM Kuhlmann sagt zu, dass die Verwaltung dies als Auftrag ansehe, die Pflanzliste mit Blick auf die Nadelbäume erneut zu prüfen. Allerdings ist dies keine Zusage hinsichtlich Thujen. Es wird eine qualifizierte Pflanzliste für Laubbäume ausgearbeitet. Das Ergebnis werde jedoch erst in die Vorlage zum Satzungsbeschluss aufgenommen werden.

**Ohne nähere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig (16 JA-Stimmen) entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:**

- 1. Dem geänderten Geltungsbereich entsprechend Lageplan Nr. 21-81 wird zugestimmt.**
- 2. Die Abwägungsvorschläge zu den zur Planung eingegangenen Stellungnahmen werden gebilligt.**
- 3. Die Entwürfe des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften, Index 1, werden zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Die Traufhöhen werden nach Vorliegen der konkreten Straßenplanung zuvor noch ergänzt.**

**TOP 4. European Energy Award - Leitbild und energiepolitisches Arbeitsprogramm 2021/205**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/205 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann informiert das Gremium darüber, dass die Verwaltung die Zertifizierung in Gold anstrebt.

Herr Maucher erläutert den European Energy Award. Im Jahr 2014 erfolgte die erste Zertifizierung. Dabei seien bereits 65% der möglichen Punkte erreicht worden. Für die angestrebte Gold-Zertifizierung Mitte des Jahres 2022 sollen mindestens 75% der möglichen Punkte erreicht werden, da dies der Schwellenwert sei, der für Gold erreicht werden müsse. Das Leitbild wurde vom ursprünglichen 10-Punkte-Programm zum jetzigen 12-Punkte-Programm weiterentwickelt. Grund hierfür sei, die Mitarbeit der Hochschule, sowie die detailreichere Ausarbeitung des Programms. Es handelt sich um eine Grundsatzvorlage. Einzelne konkrete Maßnahmen müssen gesondert ins Gremium eingebracht werden.

BM Kuhlmann möchte bewusst nichts ins Detail gehen, da die Zusammenhänge sehr schwierig seien. Es gehe vorliegend nur um das Leitbild mit Blick in die Zukunft.

Für Stadtrat Keil ist das Nahwärmekonzept, der Baustein für den Goldstandard. Er stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Braig stimmt der Vorlage zu.

Stadträtin Romer-Aschenbrenner unterstützt das Programm. Sie hofft, dass konkrete Maßnahmen folgen werden. Leitbilder seien gut, aber konkrete Maßnahmen sind besser. Für sie ist fraglich, ob zum Umweltverbund auch E-Autos dazugehören. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadtrat Brüggemann geht das 12-Punkte-Programm zu wenig in die Tiefe. Er befürwortet, dass das Leitbild konkreter gefasst werden und Meilensteine definiert werden. Den Umweltverbund halte er aufgrund der zu tätigen Investitionen – Herstellen der entsprechenden Radinfrastruktur – für sehr ambitioniert.

Stadträtin Bopp stimmt der Vorlage zu. Sie möchte den Goldstatus erhalten. Dieses Leitbild sei die Grundlage für konkrete Maßnahmen. Der ÖPNV sei aufgrund der Pandemie stark beeinträchtigt. Wenn so viele Busse leer umherfahren würden, müsse doch an dieser Stelle nachjustiert werden. Stadträtin Bopp möchte das von BM Kuhlmann gezeigte Folie gerne ausgehändigt bekommen.

BM Kuhlmann teilt mit, dass es sich bei der Folienvorlage um das Bild von 2018 handele. Dieses Bild werde im Rahmen der Gold-Zertifizierung modifiziert. Frau Ege prognostiziert, dass die Gold-Zertifizierung erreicht werden kann. Aktuelle Zahlen können jedoch erst nach der Zertifizierung herausgegeben werden. Die Verwaltung habe sich bewusst gegen die Formulierung von Meilensteinen entschieden. Die Zahlen seien schon sehr ambitioniert, weshalb er davon abraten möchte.

Stadträtin Romer-Aschenbrenner interessiert noch, ob nun E-Autos zum Umweltverbund zählen.

Herr Maucher beantwortet dies mit einem klaren Ja.

**Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig (16 JA-Stimmen) entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:**

- 1. Das aktualisierte „12-Punkte-Programm für Energieeffizienz und Klimaschutz“ wird als Leitbild weiterverfolgt (Anlage 1).**
- 2. Das „Energiepolitische Arbeitsprogramm“ für die Jahre 2022 bis 2026 ist Grundlage für das weitere Vorgehen im European Energy Award (Anlage 2). Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch den Gemeinderat.**

**TOP 5. Elektromobilitätskonzept Stadt Biberach**

**2021/207**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/207 zur Vorberatung vor.

Stadtrat Brüggemann zieht sich vom Ratstisch zurück, da er aufgrund des Teilautoveins befangen ist.

Herr Maucher stellt das Elektromobilitätskonzept der Stadt Biberach anhand von Präsentationsunterlagen vor. Leider sei das Konzept angesichts der Pandemie stark beschränkt worden. Ursprünglich seien viele Präsenzworkshops geplant gewesen. Leider hat die überwiegende Anzahl der Workshops pandemiebedingt online stattfinden müssen, was leider nicht das Gleiche Ergebnis zu Tage gebracht habe. Er führt unter anderem aus, dass insgesamt 8 Mobilitätsstationen mit unterschiedlichem Inhalt und Qualität entstehen sollen. Die umfassendste Station solle am Bahnhof realisiert werden. Bei der Umsetzung der Ladeinfrastruktur stehe die Stadt Biberach in der Gesamtheit gut da. Wichtig sei in diesem Zusammenhang das neue Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität (GEIG), welches entsprechend Vorschriften hinsichtlich der Vorbereitung einer Ladeinfrastruktur vorsehe.

Nach Auffassung von Stadträtin Riek sind die Mobilitätsstationen eine Innovation. Sie spricht sich für einen Umsetzungsversuch aus und sei gespannt, ob diese in einer Größenordnung wie Biberach funktioniere. Zudem fragt sie, ob nicht zukünftig in einem Wohngebiet der Strom der Photovoltaikanlagen zentral gespeichert werden könne. Die Umrüstung des städtischen Dienstverkehrs erachtet sie für gut. Sie stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Braig stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Lahode führt aus, dass seine Fraktion die Elektromobilität grundsätzlich begrüße. Er habe gleichwohl Gesprächsbedarf und sieht erforderliche Optimierungsmaßnahmen des Konzeptes, um zustimmen zu können. Beim Beschlussantrag Ziffer 1) gehe er von einem redaktionellen Fehler der Verwaltung aus. Es solle Elektromobilitätskonzept heißen und nicht nur Mobilitätskonzept. Zudem möchte er das Elektromobilitätskonzept lediglich zur Kenntnis nehmen und keiner Billigung zustimmen. Die Billigung sei ihm zu weitgehend. Des Weiteren sollen unter Ziffer 2 a) 8 Mobilitätsstationen realisiert werden. Die Umsetzung sei mit einem hohen wirtschaftlichen Risiko verbunden. Wir befinden uns nicht in einer Großstadt wie Berlin, sondern im ländlichen Raum. Ein Carsharing Angebot in Biberach werde sicherlich nicht in vollem Umfang angenommen, sondern deutlich zögerlicher, so dass er dringend davon abraten möchte, 8 Mobilitätsstationen zu realisieren. Er plädiert dafür, zunächst mit 2 Mobilitätsstationen zu starten um damit Erfahrungen zu sammeln. Danach könne beraten und entsprechende Entscheidungen gefasst werden. Der Ziffer 2 b) des Beschlussantrages stimmt er zu. Die Ziffer 2 c) des Beschlussantrages sehe er ebenfalls kritisch. Die zu fahrenden Dienstkilometer betragen im Schnitt unter 15 km. Dafür sollen 6 Dienstfahrzeuge angeschafft werden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es nicht alternative Möglichkeiten gäbe, diese Strecken zu überwinden. Seiner Auffassung nach müsse der ökologische Rucksack betrachtet werden, d.h. es stehe zunächst die Anschaffung von 6 Fahrzeugen an, die seiner Auffassung nicht im Verhältnis zur Nutzung – von gerade einmal 15 km – stehen. Er betont, dass es seiner Fraktion nicht (nur) um die Wirtschaftlichkeit gehe, da die Energiewende nun einmal sehr viel Geld kosten werde, sondern um die Umweltbelastung einer Neuanschaffung von mehreren Fahrzeugen. Der Ziffer 2 d) des Beschlussantrages stimmt er zu.

Stadtrat Dr. Lahode **stellt** daher für die CDU-Fraktion folgende **Anträge**:

Unter Ziffer 1) wird das Elektromobilitätskonzept zur Kenntnis genommen.

Unter Ziffer 2 a) wird zunächst mit 2 Mobilitätsstation begonnen und die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die weitere Umsetzungsplanung ein.

Die Ziffer 2 c) soll gänzlich entfallen. Die Verwaltung soll Alternativen prüfen und insgesamt eine Abwägung der Umweltbelastung – hinsichtlich der Neuanschaffung von Fahrzeugen – prüfen.

Für Stadträtin Sonntag wird mit der Elektromobilität das Ziel der Klimaneutralität verfolgt. Sie stimmt Stadtrat Dr. Lahode bezüglich des ökologischen Rucksacks zu. Ist die Anschaffung von 6 Fahrzeugen gerechtfertigt? Mobilitätswandel gehe nicht nur mit dem Gedanken „alle fahren elektrisch“. Das geprüft werde, ob die Fahrzeuge des Baubetriebshofs umgerüstet werden können, begrüßt sie. In vom Bahnhof weit entfernten Wohngebieten, wie beispielsweise bei der Sana-Klinik, könnte sie sich eine Mobilitätsstation gut vorstellen. Insgesamt werde sie die Vorlage billigen und nicht nur zur Kenntnis nehmen.

Nach Auffassung von Stadträtin Bopp handelt es sich um eine Vorlage, die es in sich hat. Sie möchte diese ebenfalls lediglich zur Kenntnis nehmen. Die 8 Mobilitätsstationen seien zu viel. Es gibt keine Anhaltspunkte zu den Kosten in der Vorlage. Ferner sei es sehr teuer 6 Elektrofahrzeug zu kaufen, die eine deutlich aufwendigere Wartung nach sich zögen. Diese Tatsache müsse ebenfalls berücksichtigt werden. Die Verwaltung solle auf Sicht fahren. Vielleicht sei die aktuelle Nutzung der Privatfahrzeuge bzw. auch die Teilautonutzung die günstigere Lösung. Anmerken möchten sie zudem, dass sie die Installation von Ladepunkten in der Tiefgarage aufgrund der erhöhten Brandgefahr sehr kritisch gegenüberstehe. Auch die Umrüstung der Fahrzeuge im Baubetriebssamt sei sehr kostspielig, da es sich hierbei um Nutzfahrzeuge handelt, die insgesamt teurer seien. Sie kann der Vorlage nicht hundertprozentig zustimmen.

Herr Wachter bittet darum, die Teilorte nicht zu vergessen.

BM Kuhlmann möchte auf die Anträge der CDU-Fraktion reagieren. Die Beschlussanträge müssen grundsätzlich gebilligt werden. Erst dann können konkrete Maßnahmen weiterverfolgt und auch mit Kosten hinterlegt werden. Die Kenntnisnahme reiche für die Beschlussfassung nicht aus. Es gehe deutlich aus der Vorlage hervor, dass das Gremium über jede einzelne Maßnahme entscheidet, die erheblich sei und Geld koste. Die Fragen die Stadtrat Dr. Lahode gestellt habe, seien im Rahmen eines Gutachtens geprüft worden, weshalb die Verwaltung zu dem vorgelegten Ergebnis komme. Das Konzept sei gleichwohl eine summarische Darlegung, welche gebilligt werden müsse. Selbstverständlich seien die gestellten Fragen im Einzelfall zu klären. An Stadträtin Bopp gewandt, führt er aus, dass es Gutachten gebe, die kein erhöhtes Brandrisiko erkennen lassen, respektive die Problematik nicht sehen. BM Kuhlmann resümiert, dass das Gremium doch dieselben Ziele wie die Verwaltung habe, nämlich die benötigte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Deshalb werbe er für die Billigung des Konzepts, da ansonsten die Gefahr bestehe, dass das Konzept verwässere.

Herr Maucher teilt dem Gremium mit, dass der zentrale Speicher für Photovoltaikanlagen im neuen Baugebiet Hirschberg geprüft werde. Die Verwaltung hält dies für eine gute Sache. Die Kosten einer Mobilitätsstation belaufen sich auf ca. 76.000 EUR. Selbstverständlich wäre er bei der Umsetzung der Mobilitätsstationen sensibel umgegangen und hätte mit einigen wenigen begonnen. Bei der Umrüstung der Dienstfahrzeuge teilt er mit, dass an dieser Stelle die Stadt auch eine Vorbildfunktion ausübe, die nicht außer Acht zu lassen sei. Die Teilorte werden auto-

matisch aufgrund des GEIG berücksichtigt werden. Aufgrund der überwiegenden Einfamilienhausbebauung entstehe das Problem in den Teilorten jedoch nicht.

Stadtrat Hagel bittet um Unterbrechung der Sitzung von 5 Minuten für eine interne Beratung der CDU-Fraktion und verweist auf die Geschäftsordnung.

Das Gremium **stimmt zu**.

BM Kuhlmann setzt die Sitzung fort.

Stadtrat Dr. Lahode gibt das Ergebnis der internen Beratung preis. Unter Ziffer 2 a) solle aufgenommen werden, dass zunächst mit zwei Mobilitätsstationen begonnen werde und die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die weitere Umsetzungsplanung ein und Ziffer 2 c) soll als Prüfauftrag formuliert werden. Wenn diese Änderungen in die entsprechenden Beschlussanträge eingearbeitet werden könnten, könnte die CDU-Fraktion den Anträgen zustimmen.

BM Kuhlmann ergänzt den Beschlussantrag Ziffer 2 a). Zunächst wird mit 2 Mobilitätsstationen begonnen und die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die weitere Umsetzungsplanung ein. BM Kuhlmann formuliert den Beschlussantrag Ziffer 2 c) in einen Prüfauftrag um. Der städtische Dienstverkehr soll mittelfristig elektrifiziert werden. Dazu soll geprüft werden, ob ein Fahrzeugpool mit ca. 6 Elektrofahrzeugen, stationiert in der Tiefgarage Museum, aufgebaut werden kann. Dieser Fahrzeugpool soll auch den Einsatz privater Fahrzeuge für den Dienstverkehr weitestgehend ersetzen.

BM Kuhlmann ruft die geänderten Beschlussanträge Ziffer 1) und 2 a) bis 2 d) getrennt zur Abstimmung auf.

**Nach eingehender Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig (14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) entsprechend dem geänderten Beschlussantrag Ziffer 1 der Verwaltung wie folgt zu beschließen:**

**1) Das Mobilitätskonzept für die Stadt Biberach wird gebilligt.**

**Ohne weitere Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig (14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) entsprechend dem geänderten Beschlussantrag Ziffer 2 a) bis 2 d) der Verwaltung wie folgt zu beschließen:**

**2) Die Umsetzung der nachfolgenden Handlungsbausteine soll von der Verwaltung planerisch vorbereitet und dem Gemeinderat in den nächsten Jahren zum Beschluss vorgelegt werden:**

**a) Der Bau von insgesamt 8 Mobilitätsstationen im Stadtgebiet wird planerisch weiterverfolgt und der jeweilige Umfang/Ausbaustandard konkretisiert.**

**b) Die öffentliche Ladeinfrastruktur soll bis zum Jahr 2025 um 9 Ladestationen erweitert werden. Dabei sollen die gesetzlich erforderlichen städtischen Ladesäulen für öffentliche Gebäude außerhalb der Dienstzeiten als halböffentliche Ladestationen auch öffentlichen Bedarfen zur Verfügung stehen. Der im Konzept formulierte weitere Ausbaubedarf bis 2030 (weitere 51 Ladestationen) soll im Jahr 2024 neu auf Plausibilität bewertet werden.**

- c) Der städtische Dienstverkehr soll mittelfristig elektrifiziert werden. Dazu soll ein Fahrzeugpool mit ca. 6 Elektrofahrzeugen, stationiert in der Tiefgarage Museum, aufgebaut werden. Dieser Fahrzeugpool soll auch den Einsatz privater Fahrzeuge für den Dienstverkehr weitestgehend ersetzen.**
  
- d) Auch die Fahrzeuge des Baubetriebsamtes sollen elektrifiziert werden. Zunächst gilt dies bei Neubeschaffungen und entsprechender Eignung für die Pritschenfahrzeuge. Bei der Neubeschaffung von Nutzfahrzeugen, erfolgt eine laufende Prüfung, ob es batterieelektrische oder brennstoffzellenbetriebene Alternativen auf dem Markt gibt.**

**TOP 6. Neubebauung Areal Mondstraße 17 / Bismarckring 9  
- Beratung durch den Gestaltungsbeirat**

**2021/204**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2021/204 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erläutert die Vorlage. Ein privater Investor hat bei der Stadt Biberach angefragt, ob das Projekt zielgerichtet durch den Gestaltungsbeirat begleitet werden könne. Es ist ein Beschluss erforderlich, da der Gestaltungsbeirat nur in der historischen Altstadt agiert und nicht im innerstädtischen Randgebiet.

Stadträtin Kübler freut sich auf eine spannende Entwicklung und hält es für sehr wichtig, dass der Gestaltungsbeirat das Projekt begleitet. Auch die in der Vorlage angesprochene Neukonzeption des Verkehrsknotens sei längst überfällig. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadträtin Jeggle begrüßt das geplante Bauvorhaben und stimmt der Vorlage zu.

Stadträtin Lauber spricht sich dafür aus, dass dem Gebiet nicht der Charakter genommen werden solle.

Stadträtin Gutermann fasst den Beschlussantrag für das Gremium zusammen. Es geht nur darum, dass der Gestaltungsbeirat das Projekt begleitet. Das Gebiet sei nicht stadtbildprägend, sie begrüßt gleichwohl die Beziehung des Gestaltungsbeirats. Sie stimmt der Vorlage zu. Sie fragt sich, ob es einen Bebauungsplan gibt.

BM Kuhlmann legt dar, dass es einen alten Bebauungsplan gebe, der nur eingeschränkte bauliche Möglichkeiten vorsehe. Der Investor ist in Kenntnis der Tatsache, dass es einer Änderung des Bebauungsplans bedürfe.

Stadtrat Weber fragt sich, ob die Tatsache, dass es sich um ein künftiges Sanierungsgebiet handelt, mit bedacht worden sei.

BM Kuhlmann erläutert, dass sich Sanierung und Projekt parallel entwickeln werden. Dies könnte sogar unter Zuschussgesichtspunkten ein Vorteil sein.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig (16 Ja-Stimmen) folgenden Beschluss:**

**Das private Bauprojekt „Neubebauung Areal Mondstraße 17 / Bismarckring 9“ wird vom Gestaltungsbeirat beratend begleitet.**

**TOP 7. Bekanntgaben und Verschiedenes**

**TOP 7.1. Bekanntgabe - Friedhofsweiher wird abgefischt und ausgewintert**

BM Kuhlmann führt aus, dass sich das Tausendblatt in den letzten Jahren massiv am Friedhofsweiher vermehrt habe. In den letzten Wochen sei ein leichter Rückgang (Absterben) des Tausendblattes zu erkennen gewesen. Beim Absterben von Wasserpflanzen könne es jedoch in der Nacht zu Sauerstoffmangel kommen, der dann ein Fischsterben nach sich ziehen kann. Aus diesem Grund und auch um das Tausendblatt weiter zu dezimieren wird der Weiher Anfang November abgelassen und abgefischt. Der Weiher werde anschließend ausgewintert und erst im Frühjahr 2022 mit Wasser gefüllt werden.

**TOP 7.2.    Verschiedenes – Ochsenhauser Hof**

Stadtrat Beck berichtet dem Gremium, dass am Ochsenhauser Hof Bäume gefällt worden seien, obwohl beschlossen worden sei, dass alle Bäume erhalten bleiben.

BM Kuhlmann muss den Sachverhalt prüfen. Die Bäume die gefällt worden seien, befinden sich in der Zeughausgasse. Er fragt Stadtrat Beck, ob die schriftliche Beantwortung der Frage in Ordnung sei.

Stadtrat Beck stimmt zu.

Stadträtin Lauber betont, dass es immer Thema gewesen sei, sensibel mit der Fläche umzugehen um insbesondere das Wurzelwerk der Bäume nicht zu schädigen. Nun seien schwere Geräte eingesetzt worden.

BM Kuhlmann bestätigt, dass derzeit Leitungen getauscht werden, dies gehe leider nicht ohne Bagger. Er sichert Stadträtin Lauber zu, dass die Bauleitung für dieses Thema sensibilisiert worden sei.

**TOP 7.3.    Verschiedenes – Biberkeller**

Stadträtin Kübler interessiert, wie die weitere Nutzung des Biberkellers aussehen wird.

BM Kuhlmann legt dar, dass der Pächter vor der Sommerpause gewechselt habe.

**TOP 7.4.    Verschiedenes – Öffnung neuer Wertstoffhof**

Stadtrat Keil begrüßt grundsätzlich den neuen Wertstoffhof. Für Radfahrer und Fußgänger sei dieser jedoch lebensgefährlich. Es gebe auf dem gesamten Gelände keinen Fußweg.

BM Kuhlmann wendet ein, dass es innerhalb eines Hofes grundsätzlich keinen Fußweg gebe. Der Wertstoffhof sei wie der Hof des Baubetriebsamtes.

**Bauausschuss, 14.10.2021, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... Baubürgermeister Kuhlmann

Stadtrat: ..... Hagel

Stadtrat: ..... Weber

Schriftführer: ..... Keller

Gesehen: ..... OB Zeidler

Gesehen: ..... EBM Miller